

Gewerkschafter/innen

gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nummer 3 / Okt. 2011

Deren Krise – unser Geld

Schon die Weltwirtschaftskrise 2008 mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers diente und dient nach Ansicht von Fachleuten dem US-Finanzkapital auch dazu, das europäischen Finanzkapital, d.h. die europäischen Banken und Aktiengruppen, die eine starke Konkurrenz für die USA sind, auf den Finanzmärkten zu schwächen. Damals haben die drei größten globalen Finanzriesen Citigroup, JP Morgan Chase und Goldman Sachs nicht nur dem US-Steuerzahler mit der Erzeugung einer Stimmung von Angst - und Panikmache mittels der Regierung 700 Milliarden Dollar aus der Tasche gezogen, sie haben auch schon über längere Zeit die europäischen Banken mit hochriskanten Wertpapieren geködert. Das hat u.a. im Anschluss an die Krise 2008 auch die Kurse größerer europäischer Unternehmen zum Sinken gebracht, sodass diese dann auf den Börsen von Investoren billiger zu erwerben waren.

Unvermindert geht der Kampf Supermacht USA gegen die starke Konkurrenz aus Europa weiter. Wirtschaftlich ist Europa schon Nr.1 (!), das Jahresbruttonationalprodukt der EU-Staaten ist schon höher als das der USA. Die USA führen gegen die EU, ihren schärfsten Konkurrenten, Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie haben kein Interesse an einem starken Euro! Sie spielen die europäischen Staaten gegeneinander aus, schließen mit einzelnen Staaten Abkommen, wie z.B. mit Polen, das in der NATO Mitglied ist und den US-Raketenschirm aufstellen lässt, und anderen früheren „Ostblockstaaten“. Sie weiten in ihrem Kampf um Einflussphären und Rohstoffquellen den Einfluss des Dollarblocks aus und versuchen auch die Kooperation zwischen Europa und Russland bzw. China, den größten und stärksten Staaten zu torpedieren.

Militärisch ist die USA die einzige Supermacht. Sie kurbeln immer mehr ihre angeschlagene Wirtschaft über Kriege an. Das Militär ist schon lange der weitaus größte Arbeitgeber des Landes und die Rüstungsindustrie ist eine der am best florierenden Wirtschaftssparten. 90% der Rüstungsgüter kauft der US Staat! Auch im Rüstungssektor wird Europa immer mehr zum Konkurrenten, Deutschland ist schon der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt.

Auch die jetzige Krise ist ein Ausdruck der Konkurrenz USA - Europa. Das bestätigten verschiedene Experten, u.a. auch Raiffeisen-Chef Stepic bei einem Interview.

US-Finanzminister Geithner forderte die EU-Chefs auf, noch 100te Milliarden für die Wirtschaft bzw. für die Banken bereitzustellen. Geithner beschwerte sich ja schon Anfang des Jahres über das Handelsbilanzdefizit der EU. Die EU, aber insbesondere Deutschland, sollten doch entweder weniger Waren in die USA exportieren, oder - noch besser - mehr US-Produkte kaufen. Das sollte in einem Vertrag festgelegt werden, damit die Handelsbilanzen ausgewogen wären. Das sind Machtdrohungen der Supermacht USA, im Versuch sich die europäischen Mächte unterzuordnen und die „Europa- Kritik“ soll auch von den eigenen riesigen Problemen ablenken.

Die Schuldenkrise in Europa dient vor allem wieder den Milliardären! Ein Großteil der Machthaber in Europa handelt, wie immer, als Agent und Diener der großen Kapitalgruppen. Sie geben die Steuermilliarden der Menschen für das Geschäft der Banken, Investoren, der sog. Märkte aus, natürlich ohne die Menschen zu fragen. Sie geben vor, dass die Ausgaben der Steuermilliarden den Griechen zu Gute kommen bzw. allen Menschen in Europa, doch

beides ist schlicht gelogen. Die Schuldenprobleme der einzelnen EU-Staaten, die ja das Kapital selbst herbeigeführt hat, sind für die EU gemeinsam mit dem IWF in Europa willkommenen Anlass, den bisher größten Angriff auf die Lebens- u. Arbeitsbedingungen der Menschen zu führen!

Das zeigt sich am schlimmsten in Griechenland! Griechenland, das gerade einmal 2% vom Bruttonationalprodukt der EU hält, wird als der Anlassfall hoch geputzt, um die Menschen in ganz Europa zum Zahlen und Kuschen zu bringen! Die Sparpakete in Griechenland liefern uns einen Vorgeschmack, wohin die Sparpläne in den anderen EU-Ländern längerfristig gehen sollen! Griechische Verhältnisse sollen ganz Europa ins Haus stehen:

Die Griechen seien „faul und nicht sparwillig“, so heißt es vor allem von schwarzen u. blauen Politikern und auch direkt von den Wirtschaftsbossen. Sie seien „selber schuld, weil sie nix hackeln wollen“! Wahr ist: Laut OECD arbeitet der Grieche im Schnitt 2034 Stunden pro Jahr und hat damit die längste Arbeitszeit Europas. (Die Holländer arbeiten 1378, die Deutschen 1390, die Österreicher 1581 Stunden pro Jahr!) Die große Masse der Löhne liegt knapp über dem Mindestlohn, in Griechenland bei 739,- Euro/Monat, die Mindestpension bei 400,- Euro, fast alle Pensionen betragen unter 700,-Euro. Die Kaufkraft eines griechischen Euro war schon 2008 um 18% niedriger als die eines österreichischen Euro. Bei Lohnhöhe von ca. 50% der Löhne bei uns sind die Lebenshaltungskosten heute ca. gleich hoch wie bei uns. Weiter zum griechischen Sparpaket: Lohn- und Pensionskürzungen bis 30%, Senkung des Mindestlohns auf 600,-Euro, Streichung von 150 000 Stellen im öffentlichen Dienst (von 700 000) bis 2015, Pensionsalter Anhebung von 60 auf 76 Jahre bis 2014, Aushöhlung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, Reduzierung der gesetzlichen Abfertigung, Aushöhlung und teilweise Abschaffung von Kollektivverträgen. Drastische Verteuerungen : Heizöl um 100%, Benzin plus 100%, Strom, Heizung, Gas, öffentliche Verkehrsmittel plus 50% in den letzten 15 Monaten. Ein Drittel der 165000 Handelsbetriebe hat zugesperrt, ein Drittel kann die Löhne nicht mehr zahlen. 30% Jugendarbeitslosigkeit. Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% auf 23%. Drastische Schnitte im Gesundheits- Ausbildungs/ Erziehungswesen und Sozialbereich.

Privatisierungen von weiteren 16% der griechischen Telekom OTE, Verkauf von 34% der Postbank, Verkauf von 75% der Häfen von Piräus u. Thessaloniki, Teil-Verkauf des staatlichen Gaskonzerns DEPA u. des Elektrizitätskonzern DESMIE. Verkauf der verbliebenen 55% des Flughafens Athen, Verkauf von öffentlichem Grundbesitz in Tourismuszonen und noch weitere Privatisierungsprojekte.

Die Ware Arbeitskraft in Griechenland wird noch billiger. Je schlechter es der griechischen Wirtschaft geht, umso billiger wird der Ausverkauf der interessantesten Teile der griechischen Wirtschaft an große deutsche Konzerne bzw. andere EU-Konzerne. Es kommt zum Verschleudern des gesamten Volksvermögens des Landes und es kommt immer mehr in eine neokoloniale Abhängigkeit. Schon das erste und das zweite Griechenland-Sparpaket haben den europäischen Banken schöne Zinserträge verschafft. Die Banken bzw. ihre Aktionäre wurden und werden keineswegs nun zur Kasse gebeten, die behauptete Beteiligung der Banken, auf freiwilliger Basis versteht sich, sieht so aus, dass die Banken zu über 90% ihre griechischen Staatsanleihen gegen neue, wertgesicherte langfristige umtauschen konnten.

„Wenn wir Griechenland nicht helfen, dann kostet das bei uns Arbeitsplätze und der Wirtschaftsaufschwung ist dahin“, so heißt es bei uns.

Finanzministerin Fekter (30.9. 2011): „Die Beteiligung am neuen EU-Rettungsschirm für Griechenland - das tun wir für uns!“ Sie will damit sagen, für uns alle.

Das ist genauso unwahr als wenn es zuletzt immer wieder heißt: „Österreich ist eines der reichsten Länder, jeder Österreicher besitzt im Durchschnitt 242000 Euro auf der Bank“. Kennen sie jemand, der soviel Geld auf der Bank hat? Ebenso kommen die Euro Milliarden, die auch wir alle zahlen, größten Teils nicht dem griechischen Volk sondern einer Handvoll schwerreicher Hedgefond Investoren zu Gute und dem österreichischen Volk erst recht nicht!

Was mit den Milliarden passiert, das sagt ganz offen aus London der Journalist Landon Thomas JR in einer renommierten US-Zeitung (International Herald Tribune 22.9.2011): ... erst haben „gerade eine Anzahl von Investoren sich eine goldene Nase durch das Wetten gegen französische Banken verdient ...“, usw.

mit CDS, das sind sog. Credit Ausfallsversicherungen (CDS), Millionen darauf gesetzt, dass französische Bankaktien in ihrem Kurs fallen. Und als diese das taten (gerade auch durch das Setzen auf sie), haben sie daran riesig verdient. CDS sind Versicherungen auf Kreditrisiken, mit denen zunehmend auf Kreditausfälle spekuliert wird. Das Ausmaß der CDS wurde schon 2008 auf 62 Billionen Dollar geschätzt und sie sind eine wichtige Ursache für die riesigen Staatsschulden, die viele europäische Staaten angehäuft haben.

Nun, so der Autor, haben US-Investoren in Milliarden Höhe griechische Staatsanleihen gekauft, die ja, weil Griechenland pleite ist, so billig wie noch nie sind, und zwar um 36 Cent gegenüber 1 € des Nominalwertes! Die Spekulanten hoffen, einen ungeheuren Profit zu machen, in der Erwartung, dass die EU Griechenland wieder auslöst, das heißt Milliarden zuschießt und zwar so wie im Juli dieses Jahres. Damals hatte die EU, als Teil ihres Rettungsplanes, einen großen Teil der griechischen Staatsanleihen um 79 Cent pro Euro in längerfristig und niedriger verzinsten Anleihen umgetauscht. Damals sagten schon viele Experten, das Geld komme hauptsächlich den großen Banken und ihren Aktionären und nicht dem griechischen Volk zu Gute. Wenn nun die EU-Chefs Ende Oktober beschließen, die griechischen Staatsanleihen wieder um 79 Cent umzutauschen, dann machen die Milliardäre der Hedge-Fonds bzw. andere Investoren einen Gewinn von 100% machen. Wenn man bedenkt, dass Insider, so der Autor weiter, schätzen, dass diese Hedge Fonds allein nach dem 21. Juli 2011 (also nach dem Abschluss des letzten Euro griechischen Rettungspaketes) griechische Staatsanleihen in der Höhe von ungefähr 40 Milliarden gekauft haben, dann wären diese dann Ende Oktober 80 Milliarden Euro wert!

Da kommt das Geld der europäischen Steuerzahler hin, die europäische Zentralbank (EZB) überweist unser Geld direkt an die Milliardäre, der europäische und damit auch der österreichische Steuerzahler hat nichts davon, im Gegenteil wir kriegen das nächste Sparpaket. Das kann's auf Dauer doch nicht sein?! Im Übrigen sollen Hedge-Fonds schon 2005 ca. 20% -25% des deutschen Aktienmarktes kontrolliert haben. (Handelsblatt 7.09.2005)

Die geplante Umschuldung für Griechenland hatte laut Experten ca. ein Ausmaß von 135 Milliarden Dollar per Juli. „Die Umschuldung Griechenlands mag für die Investoren ein viel süßeres Geschäft als für seine Steuerzahler sein“, sagt der Autor. Und Otmar Issing, ein führender deutscher Ökonom, der beim Exekutivrat der EZB beschäftigt war: „Jedermann weiß, dass das ein gutes Geschäft für die Banken war“... „Es wird Griechenland überhaupt nicht helfen.“ Issing sagte auch, (so wie viele andere Zeitungen in letzter Zeit), „dass die (angekündigte) Beteiligung der Banken am griechischen Rettungspaket von 21% noch um einiges geringer ausfallen wird. Manche schätzen sogar unter 10%.“

Für die Masse der Menschen ist kein Geld da, die Menschen erleben ein Sparpaket nach dem anderen, die massivsten Angriffe auf ihr Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Doch gleichzeitig hat das Finanzkapital noch nie so viel Milliarden an Euros (und Dollars) zur Verfügung wie heute! Wenn man z.B. bedenkt, dass Deutschland zur Rettung seiner Hypo Real Estate Bank (HRE) 2010 92 Milliarden Euro ausgegeben hat, dann sind die 27 Milliarden für Griechenland jetzt nicht so viel und das gleiche gilt für Österreichs Hypo Alpe Adria.

Man muss bedenken, dass die EU laut FAZ (FAZ-net 28.9.2011) allein 2010 als Hilfspakete für die Banken 1.700 Milliarden Euro bereitgestellt hat, davon Deutschland allein 500 Milliarden Euro.

Doch selbst diese Summen sind nur Cents im Vergleich zum Ausmaß der internationalen Finanzspekulation, die in den letzten drei Jahrzehnten ungeheuer zugenommen hat, besonders seit 1999. Die riesige Umverteilung von unten nach oben, das Entstehen ungeheuren Reichtums beförderte schon seit den 70-er Jahren den Druck des Kapitals nach grenzenloser Ausdehnung, d.h. noch größerer Profitmaximierung. Durch die Deregulierung (=Liberalisierung), d.h. Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der US-Finanzmärkte und die folgenden Spekulationen haben eine kleine Schicht Profiteure Kapitalien angehäuft, wie es früher unvorstellbar war.

Wenn man bedenkt, dass das J a h r e s volumen bei weltweiten Exporten von realen Gütern z.B. 2009 12,147 Billionen Dollar betrug, das aber der t ä g l i c h e Umsatz an globalen Derivaten, d.h. spekulativen Finanz-

produkten, 2009 schon 3,981 Billionen Dollar betrug, also über 1570 Billionen Dollar pro Jahr, d.h. das ca. 140 fache des Exportes von realen Gütern, dann zeigt dies das Ausmaß der Finanzspekulation. Es bedeutet, dass heute in d r e i Tagen an den Devisenmärkten ebenso viel umgesetzt wird wie im Handel mit realen Gütern im ganzen Jahr!

Die Banken und die staatlichen Institution dienen rein dem Finanzkapital. Das zeigt u.a. folgendes Beispiel:

Wenn die Staaten in Europa Geld benötigen um ihre Defizite im Staatshaushalt zu finanzieren, können sie nicht zu ihrer eigenen Zentralbank gehen. Sie verkaufen ihre Anleihen an private Banken, um an Geld zu kommen. Die privaten Banken leihen sich das Geld von der europäischen Zentralbank (EZB), derzeit um einen Zinssatz von 1,25% und verleihen es z.B. in Österreich um durchschnittlich 4,05% an den Staat weiter. (Verzinsung der österreichischen Staatsschuld 2010)

Im Jahr 2009 betrug die Verzinsung für die österreichische Staatsschuld 6,718 Mrd. Euro, die gesamte Staatsschuld 168,715 Mrd. Euro. Hätte Österreich seine Anleihen direkt an die EZB bzw. ÖZB (Österreichische Zentralbank) verkauft, hätte man sich 4,6 Mrd. Euro der 6,718 Mrd. erspart! Beim Budgetdefizit 2009 hätte man sich von den 9,6 Mrd. Euro fast die Hälfte erspart, es wären 4,6 Mrd. Euro über geblieben.

Das Geld landet bei den Großaktionären, den Superreichen! Die Staatsschulden wurden durch die Spekulation der schwerreichen Investoren mit herbeigeführt. Nun verdienen sie wiederum an deren Rückzahlung. Wir zahlen dann das Defizit!

In ihrem Bestreben die Interessen des Kapitals effizient zu vertreten, kommt es in der EU nun gerade durch die Krisensymptome zu einem weiteren Demokratieabbau.

Die Staatschefs der großen EU-Staaten wollen sich von den kleinen Ländern nichts „drein reden lassen“. Sie haben gerade den neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen, der den bisherigen EU-Rettungsschirm ablöst. Er wird mit 80 Milliarden Euro direkten Bareinlagen und 620 Milliarden Euro abrufbares Kapital, also insgesamt 700 Mrd. Euro dotiert sein. (Österreichs Anteil 2,2 Mrd. plus 17,3 Mrd. Euro). Wie der „Kurier“ schreibt, wird der ESM nicht öffentlich und nicht transparent sein. Er wird keinerlei demokratischen Kontrolle und keinem parlamentarischen Einfluss unterliegen. Er darf

marode Staatsanleihen aufkaufen, darf selbst Finanzmittel veranlagen und Kredite aufnehmen! Eine Beteiligung von privaten Gläubigern bei Staatspleiten soll geprüft und womöglich durchgesetzt werden! Das heißt, der ESM und die Banken können weiter machen, was sie wollen.

Die Installierung des ESM mag auch im Lichte der EU-Militarisierung, d.h. der EU-Rüstung zum Krieg um Einflussphären und Rohstoffquellen in Konkurrenz zur USA zu sehen sein.

Es wäre ganz einfach: Es ist genug Geld da, es ist nur völlig ungerecht verteilt

Laut Stephan Schulmeister würde eine Finanztransaktionssteuer von 0,05% bei Erfassung aller Transaktionen in Europa pro Jahr 215,9 Milliarden Euro bringen! (Wifo Stephan Schulmeister- neue Studie) Das heißt z.B. bei einer Steuer von 1% wären das 4310,8 Milliarden Euro. Toll – da ist das Geld zu Hause. Davon könnten wahrscheinlich sämtliche Schulden der EU-Staaten sofort gedeckt werden und es blieben noch ca. 2000 Milliarden Euro übrig. Und den Milliardären blieben trotzdem noch 99%, das sind immerhin noch ca. 429 000 Milliarden!!! Und das sind ja nur die in Europa im Jahr offiziell erfassten Finanztransaktionen.

Die Machthaber wissen das alles und sie könnten es per Gesetz jederzeit beschließen.

Aber das ist alles Phantasie und Spekulation.

Das wird nicht passieren, jedenfalls nie freiwillig. Die Machthaber sind Handlager bzw. Teil des Finanzkapitals und sie vollziehen seine Politik. Auch um den Preis von Krise, Unterdrückung und Krieg. Wenn wir sie nicht daran hindern!

Zuletzt haben die Menschen in Spanien, Griechenland u. Portugal gezeigt, dass sie nicht mehr bereit sind, diese Politik hinzunehmen. Erheben wir unsere Stimme. Wir sind die überwältigende Mehrheit!

Nach Druck dieser Ausgabe hat die Europäische Zentralbank (EZB) weitere Hilfe für die Banken angekündigt! Die Banken können nun ein ganzes Jahr lang unbegrenzt Kredit aufnehmen! Sie bekommen so viele Milliarden wie sie brauchen, zum Zinssatz von 1,25%. Das Geld verleihen sie dann an ihre Staaten, bei uns z.B. zu 4,5% und an den kleinen Kunden zu 7%, 8% oder 10% und mehr. 2009 hatten sich die europäischen Banken 442 Milliarden Euro von der EZB ausgeborgt. Die Bankenbesitzer = Aktienbesitzer können sich auf weitere riesige Gewinne freuen. Die Steuerzahler in Europa, also wir, zahlen das wieder.

Unschuldsvermutung für



War das Wort Unschuldsvermutung eigentlich schon das Unwort des Jahres? Es kommt in letzter Zeit außerordentlich häufig in den Medien vor. Ein Hauptdelikt: Bereicherung im öffentlichen Bereich. Millionen von schwer erarbeitetem Streuergeld werden privatisiert und dem Gemeinwohl entzogen, fließen in Privatsäckel der Geldsäcke. Nach oben Gekommene ohne ethische Verantwortung denken nicht ans Volkswohl, sondern nur ans eigene. Einmal am Futtertrog wird ordentlich gefressen, pardon, angefüttert. Besonders in der schwarz-blauen Unära, aber nicht nur dort werden Emporkömmlinge an die Futtertröge geschwemmt, die auf den Posten, die ihnen in

die Schuldsgewissheit

den Schoß gefallen sind, nicht nur nichts leisten, sondern auch gänzlich unfähig für die vorgesehene Aufgabe sind. Daher müssen sie bald wieder abgelöst werden, natürlich mit Abfertigungen - oft in Millionenhöhe - gesetzlich geregelt, versteht sich.

Ganz zu schweigen von den Strasser's, Mensdorff-Pouilly's und Grasser's, die sich im Dunkelbereich der Gesellschaft bewegen und genügend Anwälte bezahlen können, die ihnen den Rücken stärken und sie aus der Gefechtslinie heraushauen. Sie verschieben Millionen unter der Überschrift Unschuldsvermutung und werden von den Herrschenden mit diesem Begriff auch noch geschützt. Gerade diese Leute bestimmen aber häufig über die Höhe von Mindestlöhnen, Mindestsicherung - zuwenig zum Leben und zuviel zum Sterben. Immer mehr misstrauen daher denen „da oben“ und es wird immer klarer, dass eine gerechte Welt nur ohne „die da oben“ möglich ist, denn die werden immer nur auf sich und ihren eigenen Vorteil schauen. Die Menschen wollen nicht länger zulassen, dass sie betrogen werden und nicht darüber mitbestimmen können, wie der vorhandene Reichtum zu verteilen ist. Eine breite Öffentlichkeit ist im Zusammenhang mit den ganzen Mankeleien und Mauscheleien gewisser Herrschaften eher von Schuldsgewissheit überzeugt und kann das Wort Unschuldsvermutung schon gar nicht mehr hören, geschweige denn akzeptieren.

EHEC und sein ENDE ?

Mit 27. Juli 2011 wurde in Deutschland behördlich das Ende der epidemischen Durchfallerkrankungen erklärt, von welchen insbesondere der Norden des Landes betroffen war.

Insgesamt wurden knapp 4000 Erkrankungsfälle in den Monaten Mai bis Juli gemeldet und 46 Patienten sind verstorben.¹⁾ Dazu kommen wahrscheinlich noch weit über 100 Personen, die durch Nierenschäden und Schäden im Nervensystem gesundheitlich massiv betroffen sind. Wenn man die ohnehin prekären Warteschlangen bei den deutschen Nierentransplantationen ansieht, wird dieser Krank-

heitsausbruch voraussichtlich noch zahlreiche weitere Opfer fordern. Überhaupt noch nicht erwähnt wurden bisher jene tausende Personen, bei welchen die Erkrankung mit geringfügigen Erscheinungen oder überhaupt symptomlos verlaufen ist, von welchen aber einige unwissend weiterhin Träger der Infektion und damit die Quelle neuerlicher Ausbrüche sein könnten.

Von der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), einer offiziellen Behörde der EU mit Sitz in Parma, wurde für einen Zusammenhang von Krankheitsfällen in Frank-

reich und in Deutschland als wahrscheinliche Ursache ein Lot Bockshornkleesamen aus Ägypten angenommen, der zur Produktion von Sprossen eingesetzt wurde. Der Keim konnte aber letztlich bei den Samen dieses Lots nicht nachgewiesen werden, so die EFSA. 2) Dennoch hat die Politik samt der EFSA und den Medien an den Bockshornkleesamen als Ursache festgehalten, um weitere Konflikte mit den mächtigen Lobbys der europäischen Rindermastindustrie und Gemüseindustrie zu vermeiden – beide haben ja als Hersteller von Massenlebensmitteln eine direkte Verantwortung für Bakterien, die auf Lebensmitteln nichts verloren haben. In Ägypten hat man jetzt bekanntlich andere Sorgen, als sich um die behauptete, mögliche Verunreinigung von Bockshornkleesamen zu kümmern.

Dass dieser fatale Ausbruch einer Infektion in einem Industrieland zumindest in Fachkreisen nicht ganz so einfach abgehakt werden kann, zeigen auch die Berichte anderer Expertenquellen, wie z.B. der Organisation der offiziellen europäischen Infektionskrankheiten-Überwachung (Eurosurveillance). Dort wird u.a. nach Ende des Ausbruchs der Epidemie festgestellt, dass ganz wesentliche Fragen bis jetzt noch immer unbeantwortet sind: z.B. *Warum die Befallsraten so außergewöhnlich hoch waren? Was die Hauptursache für den Ausbruch war und wo das Reservoir für den Keim zu suchen ist?* 3)

Es wurde ursprünglich angenommen, dass es sich um EHEC (enterohämorrhagische *Escherichia coli*) also blutige Durchfälle auslösende Bakterien handelt, die ein Gen für die Produktion eines Nervengiftes und Zellgiftes haben (STEC - Shigatoxin produzierende *E.coli*) und weiters auch ein Blutzellen zerstörendes Gift produzieren. Diese Toxine zerstören die Zellen der Darmwand und der Blutgefäßwände, insbesondere in Gehirn und Nieren. Als schwere Komplikation von EHEC-Darminfektionen ist auch das enteropathische hämolytisch-urämische Syndrom (HUS), eine schwere Erkrankung der kleinen Blutgefäße mit schweren Blutgerinnungsproblemen) mit oder ohne neurologischen Komplikationen möglich. An solchen Vergiftungen, bzw. Komplikationen sind ja auch die 46 Menschen in Deutschland gestorben. Dieser EHEC-Keim hat jedoch seinen Ursprung und sein Reservoir vorwiegend im Tier(Rinder)darm, vor allem wenn diese Wiederkäuer mit Getreidemastfutter gemästet werden, anstatt auf der Weide Gras zu fressen. Die Infektion kann über tierische Lebens-

mittel (Milch, Fleisch, Käse) und durch Verunreinigung mit Dung und Gülle auch über pflanzliche Lebensmittel erfolgen, wenn diese nicht, oder nur unzureichend gekocht werden.

Bei der weiteren genetischen Analyse des Ausbruch-Keimes wurde jedoch festgestellt, dass es sich nicht um den EHEC-Keim sondern um einen typischen EAEC-Keim (Enteraggregative *Escherichia coli*) handelt, also um einen Keim der sich nicht nur stark aneinander heftet und Biofilme bildet, sondern sich auch gemeinsam an bestimmte menschliche Zellen (Epithelzellen) klammert. EAEC kann Reisedurchfall oder chronischen Durchfall bei Kindern in Entwicklungsländern auslösen. Auch in Industrieländern kann es Ursache akuter wässriger Durchfälle sein, vor allem bei Patienten, die Medikamente zur Unterdrückung der Immunabwehr einnehmen. Dieser EAEC, der in unseren Breiten nicht wirklich dramatisch verläuft, hat nun von dem EHEC-Keim die genetische Eigenschaft der Giftproduktion erworben und es wird vermutet, dass die Kombination der Anhaftungsfähigkeit an Darmwände mit der Giftproduktion die besondere Aggressivität des Keimes ausmacht. 4). Vielleicht spielt diese Aggregationsfähigkeit und Filmbildung auch eine Rolle bei der Fähigkeit längere Zeit auf Gemüse zu überdauern – auf Holzoberflächen und in Gewässern sind diese Keime jedenfalls monatelang beständig.

Für die EAEC Keime ist bisher kein Tierbefall und damit auch kein Tierreservoir bekannt, es scheint exklusiv der Mensch Ziel dieser Bakterien zu sein.

Zur Frage, Wo, Wie und Wann beim EAEC-Keim der genetische Erwerb der Giftproduktion von EHEC erfolgt sein könnte, haben auch die Experten der EFSA derzeit keine Antwort! Vielleicht so hoffen sie, hilft hier aber die Beschäftigung mit der Antibiotikaresistenz weiter? Der EAEC-Keim ist gegen 7 Antibiotika-Klassen, u.a. auch gegen Cephalosporine resistent, was bisher so noch nie vorgekommen ist! 5)

Wenn man nun im Hinblick auf die Seltsamkeit und Rarität der Keimgenetik beim EAEC-Keim mit dem Erwerb der Shigellatoxinproduktion, auf die weltweit äußerst geringe Präsenz ähnlicher Keime (die auch immer nur zu Einzelerkrankungen geführt hat) und vor allem auf die exklusive, erweiterte Antibiotikaresistenz und die nahezu explosionsartige Ausbreitungsgeschwindigkeit auf den Gedanken kommt, es

könnte dabei menschliche, kriminelle Beihilfe im Spiel sein, wird man sofort lächerlich gemacht und in das finstere Eck der Verschwörungstheoretiker verbannt. Das ist so auch dem Dipl.Chem.Dipl.Journ. Vlad Dan Georgescu passiert, einem renommierten und kritischen deutschen Wissenschaftspublizisten, Autor und "Managing Director" von *LifeGen.de* (ein Online-Magazin für Wissenschaft, Biotechnologie und Lifesciences) Er hat in diesem Internetjournal den Verdacht geäußert, dass die Quelle der EHEC-Kontaminationen womöglich absichtlich aktiviert worden ist 6), das heißt, dass der Keim mit Absicht in Umlauf gebracht wurde. Der Dipl.Chemiker hat dann auch die Sprossenthese mit den ägyptischen Bockshornkleesamen, bei der zur chemischen Analyse eine aus einer Mülltonne herausgefischt offene Sprossenpackung als Probe verwendet wurde, sehr bezweifelt. (So wie ja auch die EFSA schreibt, dass der Keim dort auf den Samen nicht nachgewiesen werden konnte!) Diese Ideen wonach jeder europäische Großmarkt, auf dem die LKWs für den weiteren Transport zu ihren Ziel-Supermärkten innerhalb Deutschlands mit Paletten beladen werden, ein potenzieller Verteiler von kontaminierter Ware wäre, sofern Täter die Erreger auf die Paletten sprühen, wurden als krude Verschwörungstheorien hingestellt. Vlad Dan Georgescu hat dann einen Bericht des deutschen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe aus dem Jahr 2006 7) zitiert, in dem dieses Amt das deutsche Bundesministerium des Innern über die Möglichkeit eines bevorstehenden bioterroristischen Anschlags mit EHEC-Erregern informiert. Daraufhin kündigte DocCheck, das mitgliederstärkste Portal für medizinische Fachberufe in Europa den schon jahrelang mit Georgescu bestehenden Autorenvertrag für medizinische Beiträge.8) Das Alert-Netzwerk der ISID (International Society for Infectious Diseases), einer Gesellschaft renommierter Wissenschaftler, betonte jedenfalls auch die Ungewöhnlichkeit der geographischen Verteilung des Erregers in Deutschland. Denn mit dem Serotyp O104 des EAEC-Keims trat nicht nur ein hierzulande praktisch nicht existenter, antibiotikaresistenter Erreger auf – sondern auch eine von Epidemiologen als „satellite-like“ bezeichnete Ausbreitungsform, die nahezu zeitgleich zahlreiche Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland erfasste.

Wer und warum sich jemand eine bewusste Herstellung und Kontamination von Lebensmit-

teln mit diesem Keim ausgedacht hätte, kann natürlich nicht einmal vermutet werden, aber man muss sich nicht nur seit den Anschlägen in Oslo von der irrigen Vorstellung verabschieden, dass terroristische Attentäter immer zoteltbärtige, islamistische Fundamentalisten sind, die Hass predigen und mit echten oder virtuellen Kalaschnikows im Internet herumfuchteln.

Im oben zitierten Bericht des Bundesamtes (siehe 7) heißt es auch im Absatz 2.2.2: *„Weltweit auch weiterhin entwickelte und produzierte biologische Kampfmittel sowie Entwicklungen der Bio- und Gentechnologie bilden latente Gefahrenquellen für Epidemien auch im Frieden. Dem Auftreten von infektiösen Erkrankungen und Todesfällen durch solche Erreger wie eben z.B. Varianten von Escherichia coli könnten sowohl B-terroristische Anschläge durch Kontamination von Lebensmitteln und Trinkwasser als auch gelegentlich auftretende Epidemien natürlicher Ursache zugrunde liegen.“* Für die natürlichen Ursachen gibt das Bundesamt aber keine Erklärung, es sieht so aus, als ob das Bundesamt selbst nicht an die „natürlichen Ursachen“ glaubt, sondern mögliche Anschläge in Betracht zieht, wenn es in seinem Bericht dann wie folgt fortsetzt: *„So hat sich erst kürzlich herausgestellt, dass die vor-malige Regierung des Irak wohl zu Unrecht der Massenproduktion biologischer Kampfmittel beschuldigt worden ist, während z. B. über die Biowaffenforschung der USA nur sporadisch Informationen bekannt werden, z. B. bei Laborunfällen.“* Wegen der Bedeutung der bioterroristischen Kampfstoffe in den USA ist dies auch Lehrinhalt an Universitäten. Gemäß dem „Office of Public Affairs der Southern Illinois University School of Medicine“ gehören EHEC/EAEC Bakterien zur *„...Kategorie der B-terroristischen Kampfstoffe u. sind Kampfmittel mit zweithöchster Priorität, da sie... A) relativ einfach zu verbreiten sind, B) eine moderate Krankheitshäufigkeit und eine relativ geringe Sterblichkeitsrate haben, C) eine erhöhte und spezifische Diagnosekapazität und eine verbesserte Krankheitsüberwachung durch die Gesundheitsbehörden erfordern. Diese Kampfmittel sollen im Wesentlichen die Bevölkerung verunsichern und terrorisieren.“*

Das Thema EHEC/EAEC lässt Erinnerungen an die Vorfälle um den Milzbranderreger (Anthrax) in den USA wach werden. Im Oktober 2001, kurz nach dem 11. September 2001 erhielten dort vorwiegend Medienleute aber auch

2 Senatoren mit Milzbrandsporen gefüllte Briefe, 5 Menschen starben, 17 weitere erkrankten. Während Präsident Bush sofort al Quaida bzw. Saddam Hussein der Tat beschuldigte, stellte sich bald heraus, dass sämtliche Bakterien aus dem Biowaffenlager der US-Armee stammten und das US-Verteidigungsministerium bestätigte, heimlich Forschungen mit Milzbrandsporen betrieben zu haben. (Army Medical Research Institut of Infectious Diseases in Fort Derrick) Jahrelange Untersuchungen der Vorfälle durch das FBI brachten keine Klarheit. Zuletzt wurde 2007 der bei der US-Armee beschäftigte erfahrene Mikrobiologe u. Biowaffenforscher Bruce Edward Ivins der Tat beschuldigt. Als dieser im Juli 2008 an einer Überdosis Paracetamol starb, er soll Selbstmord begangen haben, wurde er zum alleinigen Täter erklärt und der Fall vom FBI abgeschlossen. Sein früherer Chef und ein weiterer Kollege bezweifeln seine Schuld! Im Übrigen sind, abgesehen vom oben erwähnten Anthrax Terrorakt, von den weiteren seit 1990 in den USA durchgeführten bzw. geplanten drei Bioterrorakten zwei durch rechtsgerichtete „Patrioten“ Gruppen geplant bzw. verübt worden. 9)

Resümee:

Da dieser, für uns Menschen schädliche Keim nun einmal, wie auch immer das Licht der Welt im finsterem Menschendarm erfahren hat, wird er der Biosphäre weiterhin erhalten bleiben und ständig daran arbeiten sich seinen Lebensumständen besser anzupassen um mehr und effektivere Nachkommen zu produzieren. Wenn sich in ihrer Umgebung Durchfallerkrankungen zu häufen beginnen, verzichten sie auf rohes Grünzeug und kochen sie den Gemüseanteil ihrer Ernährung. Falls dann dennoch auch bei ihnen Durchfall auftritt, versuchen sie neben den obligatorischen Arztbesuchen auch die Karottensuppe nach Moro 10), die durchaus einen wissenschaftlich seriösen, pharmakologischen Hintergrund hat.

Schlussbemerkung: Man muss sich das vor Augen führen. In Deutschland, einem Land mit einem der höchst entwickelten Gesundheitssysteme der Welt, sind 40 Leute an einem Bakterium gestorben, mindestens 100 wurden massiv geschädigt und weitere 1000de sind erkrankt. Was die Wissenschaftler für Ungeheimheiten bzw. Verdachtsmomente bedenken, wird in den großen Medien völlig vertuscht, in der Öffentlichkeit wird längst wieder zur Tagesordnung übergegangen, als ob nichts gewesen wäre. **Das lässt jedenfalls wieder einmal die Annahme zu, dass die Politik „über Leichen geht“.**

Beitrag unseres Lesers Hermann Haberl, pensionierter Chemiker in Wien, *der versucht ein wenig mitzudenken.*

P.S.: Anmerkung der Redaktion

Es ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen, dass die USA in heftiger wirtschaftlicher Konkurrenz zu Europa und vor allem zur stärksten Wirtschaftskraft Deutschland stehen. Interventionen über die Finanzspekulation spätestens seit der Lehmann Krise dienen und dienen auch der Schwächung eines Konkurrenten bzw. eines „geeinten“ Europa. (siehe auch unser Artikel zur Krise in dieser Nummer).

- 1) ECDC (European Centre for Disease Prevention and Control) network Update on outbreak in the EU (27 July 2011, 11:00)
- 2) European Food Safety Authority (EFSA), Parma, Italy. On request from EFSA, Question No EFSA-Q-2011-00817, issued on 05 July 2011
- 3) Eurosurveillance, Volume 16, Issue 31, 04 August 2011
- 4) Eurosurveillance, Volume 16, Issue 24, 16 June 2011
- 5) EFSA Journal 2011;9(6):2274
- 6) <http://www.lifegen.de/newsip/shownews.php4?get-news=2011-05-29-5010>
- 7) März 2006 ISSN 0343-5164 http://www.schutzkommission.de/SharedDocs/Downloads/SK/DE/Publikationen/Ba_____nd_59.pdf?__blob=publicationFile
- 8) <http://www.lifegen.de/newsip/shownews.php4?get-news=2011-06-24-5208&pc=s01>
- 9) <http://www.siumed.edu/medicine/id/bioterrorism.htm>
- 10) http://www.aerztezeitung.de/medizin/med_specials/eh-ec-2011/article/658294/karottensuppe-nach-moro-koennte-ehc-lahmlegen.html

Metaller: Solidarität mit den Streikenden! Das ist nicht unsere Krise - wir wollen unser Geld!

Dast betrifft nicht nur die Arbeitenden in der Metallindustrie, sondern alle arbeitenden Menschen in Österreich. Mehr und Unterstützungsunterschriften unter: **www.streik.at**

Nach Fukushima I

Das große Schweigen

In einem Gastkommentar in der „Presse“ vom 24.9.11, bringt Prof. Johannes Balve, der derzeit an der Universität Kanazawa in Japan forscht, Erhellendes zu Tage:

„ ...über die Folgen des Tsunamis und der nuklearen Katastrophe sprach und spricht man ... in Japan kaum. In weiten Teilen des Landes wurde die Katastrophe schlichtweg ignoriert. Dementsprechend langsam kamen die Hilfsmaßnahmen voran ... Von den katastrophalen Zerstörungen, den Verseuchungen ganzer Küstenstreifen durch Abfälle wird in japanischen Medien nur in homöopathischen Dosen berichtet. Vor allem die Kernschmelze im Unglücksreaktor in Fukushima wurde monatelang verschwiegen ... Grotesk wirkt der Plan des Außenministeriums, arbeitssuchende Ausländer aus weniger entwickelten asiatischen Ländern für die Ansiedlung in den Katastrophengebieten anzuwerben. Nach der Ablöse des atomkritischen Premiers Naoto Kan durch den Kandidaten der Atomlobby, Yoshihiko Noda, ist nun auch die Regierung auf den alten Kurs eingeschwenkt. Dies ist wohl der größte Erfolg der Atomindustrie ... Mit

Genugtuung wird registriert, dass auch westliche Medien auf die verharmlosende, Normalität vorspiegelnde Linie einschwenken. Beide Augen werden zugemacht. Nur spärlich wurde über den radioaktiv verseuchten Tee aus der Tokioter Region berichtet. Rinder, die hochgradig mit Cäsium verseuchtes Gras gefressen hatten, wurden in andere Landesteile gebracht und dort geschlachtet, radioaktiver Müll (darf) aufgrund einer neuen Verordnung mit anderen Abfällen gemischt und auf viele verschiedene Standorte verteilt werden ... der Atomreaktor, der weiter vor sich hinbrütet, ist kaum neue Meldungen wert. Auch außerhalb von Japan gerät in Vergessenheit, dass der Unglücksreaktor in Fukushima eine tickende Zeitbombe hat. Strahlungswerte in der Atomruine stiegen auf alarmierende Werte. 100.000 Tonnen radioaktiv verstrahltes Wasser befindet sich unter den Reaktorblöcken und drohen, das Grundwasser zu verseuchen. Immer wieder bebt die Erde - all dies hindert die Behörden nicht daran die Rückkehr der Bewohner in die 30-Kilometer-Zone zu planen ...“

Nach Fukushima II

Wer die Wahrheit ...

Nach einer Woche im Amt musste der japanische Handelsminister Yoshio Hachiro wieder seinen Hut nehmen. Der Grund: er

hatte die Region um das AKW als „Todesstadt“ bezeichnet. Wer die Wahrheit sagt muss gehen!

Nach Fukushima III

Verlogene Atomindustrie

LESERBRIEF / KOMMENTAR

von Dr. Peter Weish, Forum Wissenschaft & Umwelt, Auszug aus Manuskript für „Umweltschutz“, Bohmann Verlag, 7. Juli 2011

„ ... Seit „Fukushima“ ist offenkundig, wie realitätsfremd bzw. verlogen die Argumente der Atomkraftbefürworter und Betreiber sind. Trotz restriktiver Informationspolitik und beschwichtigender Berichterstattung ist klar geworden, dass die betroffenen Reaktorblöcke als Folge von Explosionen total zerstört sind. In Block 3 hat es Wasserstoff- und Nuklearexplosionen im Brennelement-Lagerbecken gegeben, die einen Großteil des

Inhalts herausgeschleudert haben. Die Freisetzung von Radioaktivität hat mittlerweile das Ausmaß der Katastrophe von Tschernobyl überschritten und dauert immer noch an. Die Langzeitfolgen für Lebensraum, Menschenleben und Gesundheit sowie marine Ökosysteme sind derzeit schwer abzuschätzen, aber mit Sicherheit weit dramatischer, als viele glauben. Bei allem Verständnis, keine Panik unter den Betroffenen aufkommen zu lassen, sind manche bagatellisierenden Kommentare unentwegter Atomfreunde unerträglich ... So kommentierte der Münchner Strahlen-„Experte“ Wolfgang Jacobi neulich

sinngemäß: „Wer an Strahlenkrebs stirbt, kann nicht an etwas anderem sterben. Und sterben müssen wir schließlich alle.“ Wäre das nicht auch ein hübsches Entlastungsargument für einen Meuchelmörder? Es ist gleichermaßen dumm und zynisch, Strahlung deshalb zu verharmlosen, nur weil sie uns nicht zweimal umbringen kann. Leute wie Wolfgang Jakobi haben seit Jahrzehnten gut daran verdient, Unbedenklichkeitsbestätigungen“ für Atomanlagen abzugeben und die Interessen der Atomindustrie gegen Bürgerproteste zu vertreten ... Man kann von ihnen nicht

erwarten, dass sie sich und der Welt eingestehen, ihr Leben lang „Beihilfe zu fahrlässiger Masseninvalidisierung und Massentötung“ geleistet zu haben. In diesem Zusammenhang ist an den juristischen Tatbestand des „dolus eventualis“ zu erinnern: Es ist strafbar, Schaden für Dritte „billigend in Kauf“ zu nehmen, selbst ohne Schädigungsabsicht. Nach Tschernobyl und Fukushima sollten die Verharmloser und Befürworter jeden Rest an Glaubwürdigkeit verspielt haben. Die Atomkraft und ihre Betreiber haben sich als menschenverachtend erwiesen ...“

Atomunfall in Frankreich

Kein einfacher Industrieunfall

Die Explosion in Marcoule am 12. September bei Avignon in Südfrankreich zeigt, dass Atomanlagen jeglicher Art eine Gefahr darstellen, nicht nur AKW. Die Anlage in Marcoule ist besonders brisant: Sie war lange Jahre die Produktionsstätte für die Force de Frappe, die große Atombombenschmiede Frankreichs. Neben stillgelegten AKW der ersten Generation steht hier der Phénix, der Prototyp eines schnellen Brütters, der wegen seiner technischen Probleme nie wirklich in Betrieb ging. Zudem gibt es eine MOX-Fabrik (Mischoxid-Kernbrennstoff (Uran und Plutonium)), eine Wiederaufbereitungs- und eine Abfallkonditionierungsanlage sowie Lager für radioaktive Abfälle aller Art. In der Vergangenheit war der Umgang mit letzteren nicht immer vertrauenerweckend: Tausende

von Atommüllfässern wurden in den 1960er Jahren im Atlantik versenkt. Niemand weiß so genau, welche Schlamperien dort noch immer üblich sind. Die französische Atomaufsicht sowie die Regierung hatten den Unfall – trotz eines Toten und vier zum Teil schwer verletzten Arbeitern – heruntergespielt, statt die Bevölkerung in Echtzeit zu informieren. Ein Sprecher des staatlichen Energiekonzerns EdF, der die Anlage betreibt, bezeichnete den Unfall gar bewusst als „Industrieunfall“ und nicht als „Atomunfall“. Dabei ist die Explosion eines Ofens, der radioaktive Abfälle verbrennt, in der Nähe von Anlagen, in denen mit hochgiftigem Plutonium hantiert wird, alles andere als ein „harmloser“ Industrieunfall. (Quelle: Umweltinstitut München, Newsletter, 16.9.11)

Der Atomausstieg ist preiswert

Warum er dann nicht geschieht? Das militärische Interesse steht im Vordergrund!

LESERBRIEF / KOMMENTAR

von DI Volker Heldorf, Ärzte, Bauern und Juristen für gentechnikfreie Nahrung

„In Deutschland hat die Regierung beschlossen, bis 2021 alle Atomkraftwerke stillzulegen. 7 alte Meiler sind seit Fukushima stillgelegt, welch Wunder, ohne Stromverknappung. Der Stromüberschuss beträgt, laut Spielgel, immer noch 20%. Der Ausstieg sei ungeheuer teuer und könnte Arbeitsplätze kosten, warnt uns die Atomlobby, die um ihre horrenden Gewinne und Privilegien bangt. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Wenn in 10 Jahren die restlichen 10 Atomkraftwerke

abgeschaltet werden sollen, dann heißt dies, dass jedes Jahr die Leistung von einem Atomkraftwerk zu ersetzen ist. Eine ganz normale Investition. Es ist bekannt, dass der nagelneue Atomreaktor in Finnland rund das Doppelte gekostet hat, als veranschlagt. Mit anderen Worten, die jeweils ausgemusterten Atomkraftwerke durch neue Atomkraftwerke zu ersetzen, ist die teuerste aller Varianten. Uran wächst auch nicht im eigenen Land.

Wenn man die unzähligen Atom-Förderungen, Steuerbegünstigungen und Haftungsbefreiungen (ca. 40 Mrd. Euro) einschließlich der Kosten für die Endlagerung auf den Strompreis aufschlagen würde, wie man dies beim Alternativstrom macht, würde kein Mensch Atomstrom kaufen. Der Atomstrom würde weit

mehr als ein Euro pro Kilowattstunde kosten und nicht 22 Cent.

Diese Kostenmanipulation ist nur zu erklären, weil die Atomstaaten die

abgebrannten Brennstäbe brauchen, als gleichsam kostenlose Sprengstoffherzeuger für Ihre Atombomben. Das militärische Interesse steht im Vordergrund ...“

Österreichische Atompropaganda

Nach dem Atomausstieg in Deutschland heißt es nun, dass dort angeblich der Strom ausgehe und Österreich deshalb „Strom-Hilfe“ leisten müsse – und nicht zuletzt dadurch – auch im Winter bei uns die Strompreise steigen müssten. Heißt es einmal, der Strom muss teurer werden, weil Österreich nicht mehr genug eigene Erzeugungskapazitäten hat, dann heißt es ein andermal – wo man

noch dazu mit dem Stromexport ein gutes Geschäft macht, das den KonsumentInnen nicht zugute kommt, dass wir eh genug Strom haben. Was also? Jedenfalls ist die Stromknappheits-Propaganda nur dazu da, uns entweder für Atom weichzuklopfen, oder jedenfalls die ungerechtfertigt hohen Strompreise für die VerbraucherInnen zu rechtfertigen.

Prater-Reaktor

Nein, dass ist kein Witz, auch wenn der Wiener Wurstelprater, der ja zum allgemeinen Vergnügen dienen soll, nicht unweit davon ist. Der so genannte Prater-Reaktor, von der TU-Wien betrieben, ist ein Forschungsreaktor, der seit 1962 in Betrieb ist. Österreichs Atom-Nein der Bevölkerung haben Österreichs Politik- und Wirtschaftsbesitzer an ihm genauso ohne Konsequenzen vorbeigehen lassen wie die Atomunfälle in Harrisburg, Tschernobyl oder Fukushima. 3,5 kg Uran gibt es hier und vor allem die gefährlichen, abgebrannten radioaktiven Brennstäbe. Schutzhülle hat der Prater-Reaktor kaum. Wenn keine Rücknahme mit dem Lieferanten, den USA, rechtzeitig vereinbart wird, dann müsste der Atommüll in Österreich endgelagert werden. Denn laut

Vertrag muss der Reaktor bis 2016 abgeschaltet, die Brennelemente können bis 2019 zurückgegeben werden.

Daher: sofortiges Abschalten des Prater-Reaktors – ansonsten sitzen wir auf dem hochradioaktiven Atommüll im „atomfreien“ Österreich. Aber vielleicht will das die Regierung, die schon vor 20 Jahren Österreich Atommülllager beschreiben wollte – und dies mit dem medizinischen Müll begründet hatte – damit sie sich den Konzernen und der internationale Atomlobby (IAEA), der sie in Wien und Seibersdorf/NÖ auf Steuerzahlerkosten im AKW-freien Österreich Sitz und Geld bietet, andienern kann.

Atommüll in der Schweiz:

Grundlegende Fragen ungelöst!

Mitte Juli veröffentlichte die Schweizer Kommission für nukleare Sicherheit KNS die Stellungnahme über den Bericht NTB 10-01 der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle). Die KNS analysiert den Stand der Untersuchung im Bereich der Atommülllagerung und zeigt, dass Grundlagen fehlen. Die Schweizerische Energie-Stiftung SES geht noch einen Schritt weiter: Der Entsorgungsnachweis ist aufzuheben, solange grundlegende Fragen der Atommüllentsorgung nicht

gelöst sind. Wie wahr. Und trotzdem tut die Atomlobby so, als hätte sie alles im Griff. In Wirklichkeit hat die Atommafia die Politik und die Medien fest im Griff, die immer noch versuchen zu beschwichtigen, indem sie davon reden, dass AKWs oder Atommülllager „sicher“ gemacht werden müssten. Es gibt aber keine sicherere Atomindustrie – das hat Harrisburg (USA), Tschernobyl (Ukraine) und zuletzt Fukushima (Japan) erschreckend gezeigt. Abschalten ist die einzige Lösung.

IAEA

Internationale Atomlobby

Die Internationale Atomenergieagentur der UNO ist keine Behörde, wie immer vermittelt wird, sondern die Lobbyorganisation der Atommafia. Die IAEA hat genauso wie die japanische Regierung beim Super-Super-GAU in Fukushima beschwichtigt, verschwiegen, vertuscht, gelogen. Zudem soll gar nicht an die Oberfläche kommen, dass AKW und Atomrüstung eng miteinander verflochten sind. Auch in der IAEA spiegelt sich das wider: Die offizielle Aufgabe der IAEA ist einerseits ganz ausdrücklich die Förderung der Atomindustrie, gleichzeitig soll sie verhindern und kontrollieren, dass spaltbares Material weiter verbreitet wird. Das ist so – in Anlehnung an die Aussage eines früheren österreichischen Finanzminister – als würde man den Hund auf

die Wurst aufpassen lassen. Die IAEA in ihrer jetzigen Form gehört abgeschafft. Was nötig ist, ist eine unter demokratischer Kontrolle der Bevölkerungen stehende Organisation, die den Ausstieg aus der Atomenergie vorantreibt, kontrolliert und überwacht. Da die IAEA aber von sich selbst aus keine Anstalten dazu macht, auch nicht die nationalen Regierungen, selbst die Wirtschaft und die Politik des „atomfreien“ Österreich keine Änderung vorantreibt, bleibt nur: Raus aus der IAEA – ebenso wie aus EURATOM, der EU-Atomgemeinschaft, die ebenfalls sowohl die zivile als auch die militärische Atomnutzung mit Milliarden Euro auf Steuerzahlerkosten finanziert.

Pensionsraub durch Sozialpartner und Regierung

Geht es nach dem Vorschlag der Sozialpartner (also auch mit Zustimmung der Gewerkschaften und der AK !!!), dann soll es für Menschen, die aus Krankheitsgründen früher in Pension gehen müssen/wollen bzw. von den Firmen zwangsweise geschickt werden, keine Invaliditätspension, sondern nur mehr ein sog. Rehabilitationsgeld und die zwangsweise Rehab bzw. Behandlung in der Psychiatrie (z.B. bei der psychischen Krankheit Burn Out) sowie die Meldung z.B. ans Verkehrsamt (Führerscheinentzug droht) geben. Und die Regierung, allen voran der umtriebige ehemalige ÖGB-Präsident, BAWAG-Verscherbler und nunmehrige „Sozial“-Minister Hundstorfer hat schon still und heimlich beschlossen, dass ab 2012 Zeiten von Arbeitslosigkeit und Krankenstand **n i c h t** mehr auf die Pensionsanwartschaft angerechnet werden. Das ist ein Angriff auf alle arbeitenden Menschen, denn keine/r kann etwas dafür wenn er/sie krank wird und hat keinen Einfluss darauf, ob ihn/sie eine Firma kündigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.